

Wienert, Helmut

Article — Published Version

Können alternde Gesellschaften dem Innovationsdruck standhalten?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wienert, Helmut (2007) : Können alternde Gesellschaften dem Innovationsdruck standhalten?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 6, pp. 386-390, <https://doi.org/10.1007/s10273-007-0663-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42838>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Helmut Wienert

Können alternde Gesellschaften dem Innovationsdruck standhalten?

Technischer Fortschritt und Humankapital sind die Triebfedern des langfristigen globalen Wachstums. Welche Rolle spielen sie im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung? Wie wirkt sich die erwartete demographische Schrumpfung in den Industrieländern auf die Entwicklung des Humankapitals aus? Wie sollte die Politik auf den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften reagieren?

Wirtschaftliche Prognosen sind auf kurze Frist (sechs bis zwölf Monate) halbwegs verlässlich, wenn das treibende Moment (z.B. eine robuste Investitionstätigkeit) stark genug ist. Auf mittlere Frist, also drei bis fünf Jahre, kommen bei unveränderten Rahmenbedingungen nur Trivialitäten in Frage („kein Aufschwung dauert ewig“). Ganz langfristig sind aber begründete Prognosen möglich, wenn irreversible Prozesse wirken wie z.B. eine neue Basistechnologie,¹ die einen langjährigen Wachstumszyklus ermöglicht. Um solche langfristigen Trends soll es im Folgenden gehen, und zwar in den Bereichen Technologie, Internationaler Wettbewerb und Demographie.

Der technische Fortschritt wird sich weiter beschleunigen

Auf den ersten Blick könnte es plausibel erscheinen, dass sich die Möglichkeiten des technischen Fortschritts fast 250 Jahre nach Beginn der industriellen Revolution langsam erschöpfen, aber das Gegenteil ist vermutlich zutreffend: die sich auftuenden wirtschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten technischer Erfindungen werden durch die enormen Fortschritte in der Grundlagenforschung immer größer. Die in diesem Zusammenhang geläufigen Stichworte sind Informationstechnologie, Biotechnologie und Nanotechnologie. Sie bezeichnen Felder, auf denen rasante Entwicklungen im Gange und noch größere zu erwarten sind. Diese Vermutung ergibt sich schon allein aus der explodierenden Zahl der Forscher, also dem „Input“ des Forschungsprozesses: Um 1950 gab es 2,5 Mrd. Menschen, von denen ungefähr 0,8 Mrd. in Ländern mit nennenswerter eigener Forschung lebten. Nimmt man zur Illustration der Ausgangsgröße eine „Forscherquote“ von 5% der Bevölkerung für diese Ländergruppe

an, so entsprach dies weltweit 40 Mio. Forschern. Im Jahr 2050 werden es vermutlich durch Bevölkerungswachstum, Ausweitung der Forscherquote und des forschenden Länderkreises über 300 Mio. sein.² Innerhalb von 100 Jahren dürfte sich die Zahl der Forscher also fast verachtfachen!

Schon diese rein quantitative Betrachtung lässt noch kräftiger als bislang sprudelnde Quellen des technischen Fortschritts erwarten. Hinzu kommt, dass jede neue Forschergeneration nicht bei Null anfängt, sondern auf den Ergebnissen der Vorgängergenerationen aufbaut,³ und jeder Durchbruch in der Grundlagenforschung an einer Stelle zugleich ganz neue Möglichkeiten an anderen Stellen eröffnet. In der Summe muss deshalb von einem sich selbst verstärkenden Prozess ausgegangen werden. Triebkraft dafür ist die natürliche Wissbegierde des Menschen, aber natürlich auch der Erwerbsgedanke, denn die durch Grundlagenforschung früher oder später zwangsläufig hervorgebrachten Durchbrüche in kommerziell nutzbaren Bereichen (z.B. die Dampfmaschine während der europäischen Industrialisierung oder in jüngster Zeit der Computer) eröffnen temporäre Monopole und damit Wohlstandszuwachs für die Gesellschaften, die diese nutzen können. Zwischen Staaten und Unternehmen

¹ Grundlegend zu dieser Frage Gerhard Mensch: Das technologische Patt – Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt a.M. 1975.

² Bei dieser Überschlagsrechnung ist für die hoch entwickelten Länder eine Verdreifachung der Forscherquote auf 15% unterstellt worden sowie eine Forscherquote von 2% für die Länder, die sich gegenwärtig in Aufholprozessen befinden, wie z.B. Indien oder China. Das sind relativ bescheidene Ansätze. Nach einem Bericht der OECD haben die Ausgaben Chinas für Forschung und Entwicklung im Jahr 2006 die von Japan, das bisher Platz 2 hinter den USA hielt, übertroffen.

³ Dieser Sachverhalt wird gern durch die Metapher „Auf den Schultern von Riesen“ umschrieben. Die Zuschreibung der in der Wissenschaftsgeschichte häufig auftauchenden Metapher ist strittig. Sehr lesenswert dazu ist Robert K. Merton: Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit, Frankfurt a.M. 1989. (Originalausgabe 1965: On the Shoulders of Giants. A Shandean Postscript.)

Prof. Dr. Helmut Wienert, 59, unterrichtet Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Pforzheim.

findet daher ein Wettlauf im Bereich der Grundlagenforschung und darauf basierend auch der anwendungsorientierten industriellen Forschung statt. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die ohnehin schon erhebliche Konkurrenz für Deutschland im Bereich neuer Produkte und neuer Produktionsverfahren noch härter werden wird.

Die internationale Arbeitsteilung als Mittel zum wirtschaftlichen Aufholen

Bis in die 1950er Jahre hinein beschränkte sich die internationale Arbeitsteilung – vom Handel mit Rohstoffen abgesehen – im Wesentlichen auf Nordamerika und Westeuropa. Bis Ende der 1980er Jahre kamen grob gesprochen zunächst nur Japan und dann Taiwan und Süd-Korea als Konkurrenten und Partner hinzu. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich das Tempo der Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung dann so sprunghaft beschleunigt, dass eine gemeinhin als „Globalisierung“ bezeichnete neue Qualität erreicht worden ist. Als wichtigste Triebkräfte der Globalisierung werden meist die rasanten Fortschritte in der Informations- und Transporttechnologie sowie die Liberalisierung der Kapital- und Warenmärkte genannt, der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums erscheint daneben bei vielen Autoren eher als eine Fußnote der Geschichte. Das ist jedoch keine angemessene Gewichtung, denn ohne diesen Zusammenbruch wären die Fortschritte in der internationalen Arbeitsteilung vermutlich wesentlich langsamer verlaufen, und von Globalisierung hätte man schon wegen des Gewichts der nicht einbezogenen Länder schwerlich sprechen können.

Der Zerfall der Sowjetunion hatte Folgen, die weit über den Kreis der direkt betroffenen Länder hinausgehen. Im Kalten Krieg trieben viele Entwicklungsländer („Dritte Welt“) eine Schaukelpolitik zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR, und im wirtschaftlichen Bereich dominierten eine staatlich gelenkte Industrialisierungspolitik, Beschränkungen des Warenverkehrs mit dem Ausland und noch rigidere Eingriffe in den Kapitalverkehr. Indien ist das wohl prominenteste Beispiel für diese verfehlte, dennoch über Jahrzehnte betriebene Entwicklungsstrategie. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fiel der Patron dieser Entwicklung weg; Länder, die politisches Gewicht behalten oder erringen wollten, musste nun auf wirtschaftliche Eigendynamik setzen, wie sie nur ein marktwirtschaftliches System mit seinen vielfältigen Anreizen für Innovation und Wachstum hervorbringt. Erstaunlicherweise ist die ökonomische Schwäche der Sowjetunion und damit zugleich der eigenen plan-

wirtschaftlichen Basis von der Kommunistischen Partei Chinas sehr früh erkannt worden. Um die ambitionierten Ziele zur Wiedererlangung nationaler Größe nicht aufgeben zu müssen, wurde das Wirtschaftssystem trotz aller damit verbundenen ideologischen Kapriolen mit wachsendem Erfolg auf eine exportorientierte Industrialisierung und damit marktwirtschaftliche Öffnung umgestellt.⁴ Indien musste schon wegen des chinesischen Erfolges nachziehen, wollte es im politischen Wettstreit mit China nicht hoffnungslos zurückfallen, und in der Folge entwickelte sich unter Einbeziehung anderer Länder in Südostasien ein zunehmend eigenständiger und wichtiger werdender neuer weltwirtschaftlicher Wachstumspol.

Die Folgen dieses in historischer Perspektive als schlagartig einzustufenden Öffnungsprozesses lassen sich wieder durch die betroffenen Bevölkerungsgrößen illustrieren: Bis 1990 waren erst rund 1 Mrd. Menschen in die marktwirtschaftlich gesteuerte internationale Arbeitsteilung einbezogen,⁵ danach kamen durch die Erweiterung des Länderkreises rund 2,5 Mrd. Menschen hinzu,⁶ die Schritt für Schritt ihre Position suchten, ausbauten und festigten. China ist heute die Fabrik der Welt; mehr als ein Drittel des Stahls – der nach wie vor der wichtigste Grundstoff für die industrielle Fertigung und damit ein guter Industrialisierungsindikator ist – wird dort verbraucht. Indien hat mit Softwareentwicklung und anderen Dienstleistungen seinen eigenen Weg gefunden, um gegenüber den entwickelten Ländern aufzuholen und die industrielle Expansion des Landes dürfte schon wegen des Arbeitsüberschusses nur eine Frage der Zeit sein.

Dass die plötzliche Verfügbarkeit von 3,5 statt 1 Mrd. Menschen für die internationale Arbeitsteilung einen erheblichen Einfluss auf die Wahl der Produktionsstandorte und die Lohnrelationen in den verschiedenen Ländern haben muss, sollte eigentlich unmittelbar einleuchten: Die Volkswirte sprechen von einem klassischen „Angebotsschock“ mit der Folge eines beschleunigten Strukturwandels. Mit Hilfe einfacher theoretischer Überlegungen kann man den erforderlichen Wandel weiter qualifizieren: Globalisierung zwingt den hoch entwickelten Volkswirtschaften eine Spezialisierung auf sach- und humankapitalintensive Güter auf, weil die aufstrebenden Länder wegen der reichlichen Verfügbarkeit von gering qualifizierten Arbeitskräften bei einfachen Fertigungen erhebliche Lohnkostenvor-

⁴ Um die politische Kontrolle über den Prozess zu behalten, wurde zunächst in wenigen Sonderwirtschaftszonen experimentiert.

⁵ Im Wesentlichen in Nordamerika, Westeuropa, Japan und Ozeanien.

⁶ Im Wesentlichen der frühere Ostblock sowie China und Indien.

teile haben. In der Folge fallen in hoch entwickelten Ländern vor allem gering qualifizierte Industriearbeitsplätze weg. Sollen die dort Beschäftigten nicht Globalisierungsverlierer sein, müssen sie entweder für höherwertige industrielle Tätigkeiten oder für Dienstleistungen, die bislang noch nicht so stark unter Globalisierungsdruck stehen, umqualifiziert werden. Wegen des hohen Anpassungsdrucks wäre im industriellen Bereich bei einfachen Fertigungsprozessen Flexibilität bei den Löhnen (nach unten) und den Arbeitszeiten (nach oben) das Gebot der Stunde, um die Tendenz zur Verlagerung der Arbeitsplätze abzuschwächen. Beides ist indes in Deutschland nicht geschehen, vielmehr haben die Tarifparteien in der Regel mit hinhaltendem Widerstand, also mit Verteidigung des Status quo, reagiert und damit den Abbau einfacher industrieller Arbeitsplätze beträchtlich verschärft.

Demographische Schrumpfung

Seit Mitte der 1970er Jahre sagen uns die Demographen: Die deutsche Bevölkerung wird mangels hinreichender Zahl von Kindern schrumpfen und parallel dazu auch wegen der immer längeren Lebenserwartung zugleich dramatisch „altern“.⁷ Die weitreichenden Konsequenzen dieser nicht mehr rückgängig zu machenden Entwicklung werden im politischen Alltagsgeschäft immer noch ausgeblendet, obwohl die Anpassungen immer drastischer ausfallen müssen, je weiter sie aus Gründen politischer Opportunität hinausgeschoben werden.

Zunächst die Fakten zum Geburtenrückgang: Im statistischen Mittel müssten ungefähr 2,1 Kinder je Frau geboren werden, damit die Bevölkerung sich reproduziert und der Altersaufbau – also die 3-Generationen-Schichtung in „Noch-nicht-Erwerbstätige“, „Erwerbstätige“ und „Nicht-mehr-Erwerbstätige“ – ungefähr konstant bleibt. Dieser Wert wird in Deutschland – was wenig geläufig ist – bereits seit Beginn des Ersten Weltkriegs nicht mehr erreicht. Frauen des Geburtsjahrgangs 1865 hatten im Mittel noch 4,7 Kinder, die des Jahrgangs 1900 nur noch die bestandserhaltenden 2,1. Danach wurden rund 1,9 Kinder je Frau geboren, nur die in den 1930er Jahren geborenen Frauen brachten in den 1950er und frühen 1960er Jahren nochmals 2,1 Kinder zur Welt. Die aktuelle Reproduktionsziffer liegt seit vielen Jahren bei nur noch 1,4 oder leicht darunter, und es spricht wenig dafür, dass sich dies merklich ändern wird. Praktisch bedeu-

tet dies, dass sich jede Generation nur noch zu zwei Dritteln reproduziert.

Der Geburtenrückgang konzentriert sich auf die 1970er Jahre. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1968 wurden je Jahr rund 1,4 Mio. Kinder geboren („Babyboom“), bis Ende der 1970er Jahre fiel diese Zahl um nicht weniger als 35% auf nur noch 0,9 Mio. Dieser in Friedenszeiten historisch einmalige Rückgang hinterlässt naturgemäß demographische Spuren: Nimmt man 1964 als Mitteljahr der geburtenstarken Jahrgänge, so erreichte diese „Welle“ die Grundschulen um 1970, die Hochschulen um 1983. Gegenwärtig sind die Mitglieder dieses starken Geburtsjahrgangs Anfang 40, also in einem Alter, dem allgemein die höchste Produktivität im Lebenszyklus zugemessen wird. Wenn die „Babyboomer“ um das Jahr 2030 die Rentenschwelle erreichen, dürften die Probleme auf dem Arbeitsmarkt (Fachkräftmangel) und in der Rentenversicherung (wenige Beitragszahler, aber viele Rentempfänger) kumulieren, die Kranken- und Pflegeversicherungen dürften wegen der Altersabhängigkeit ihrer Leistungen zehn bis 20 Jahre später die höchsten Belastungen erfahren.

Gleichzeitig mit der sinkenden Geburtenzahl stieg die durchschnittliche Lebenserwartung immer weiter an: In den letzten 40 Jahren hat sie in Deutschland für 60-jährige Menschen bei Frauen um rund fünf Jahre, bei Männern um knapp vier Jahre zugenommen. Ein heute sechzig Jahre alter Mann wird im Mittel noch 20 Jahre leben, eine Frau sogar 24. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Spanne nochmals um jeweils vier Jahre ausweiten, die Tendenz zum längeren Leben hält also ungebrochen an.

Zusammengefasst verschiebt sich die Bevölkerungsstruktur erheblich: Es wird weniger Junge und mehr Alte geben. Die Demographen drücken dies mit Bezug auf die Zahl der Erwerbsfähigen durch den Jugend- und Altenquotienten aus. Die bislang übliche Grenze für die aktiven Jahre liegt zwischen 20 und 60 Jahren.⁸ In dieser Abgrenzung kommen gegenwärtig auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 36 zu versorgende „Junge“ und 45 ebenfalls zu versorgende „Alte“, die Gesamtlast der zu versorgenden Personen addiert sich also zu 81. Bis zum Jahr 2050 wird der Jugendquotient nur geringfügig auf 34 sinken, der Altenquotient aber auf 78 steigen, die Gesamtlastquote erreicht folglich 112.

⁷ Einen guten Überblick vermittelt Franz-Xaver Kaufmann: *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 508, Bonn 2005.

⁸ Das offizielle Renteneintrittsalter liegt zwar bei 65 Jahren, durch die erst in den letzten Jahren weniger attraktiv ausgestaltete Politik der Frühverrentung ist das faktische Renteneintrittsalter jedoch auf 60 Jahre gesunken.

Teilweise wird immer noch vermutet, durch Einwanderung ließen sich die fehlenden Kinder ersetzen. Das ist nicht der Fall. Um die demographischen Verwerfungen in Deutschland durch Einwanderung aufzufangen, müssten nach Simulationsrechnungen der Vereinten Nationen bis 2050 ungefähr 180 Mio. Menschen zuwandern – es versteht sich von selbst, dass das keine realistische Option ist. Zweitens kommt es für fast alle aus der Demographie resultierenden ökonomischen Probleme nicht so sehr auf die Zahl der Zuwanderer, sondern auf deren ökonomische Leistungsfähigkeit, das Humankapital, an. Es ist überhaupt nicht zu sehen, wo gut ausgebildete Junge in großer Zahl herkommen sollten, zumal fast alle hoch entwickelten Länder vor ähnlichen demographischen Problemen wie Deutschland stehen. Dennoch ist Zuwanderung ein wichtiger Faktor, der den sonst sehr raschen Rückgang der Bevölkerung in Deutschland bremst.⁹ Gegenwärtig leben in Deutschland rund 12 Mio. Menschen, die nicht in Deutschland geboren worden sind oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.¹⁰ Bis zum Jahr 2050 gehen die Prognosen in der mittleren Variante von weiteren Nettozuwanderungen von 200 000 Menschen je Jahr aus – kumuliert sind dies fast 9 Mio. Zuwanderer. Diese Zahl ist in den genannten künftigen Gesamtlastquoten schon mit einbezogen.

Die demographische Entwicklung kann in einem Umlagesystem, in dem die laufenden Zahlungen an die Rentner aus den laufenden Beitragszahlungen der Beschäftigten erfolgen, nicht ohne Einfluss auf die Sozialversicherungssysteme bleiben. Es gibt aber eine Reihe von Reaktionsmöglichkeiten. Ein Hauptweg muss die bessere Balance zwischen Erwerbszeiten und Rentenbezugszeiten sein: In der Vergangenheit

hat sich die Erwerbszeit wegen längerer Ausbildungswege und politisch forcierter Frühverrentung verkürzt, die Rentenbezugsdauer hat sich dagegen wegen der längeren Lebenserwartung beträchtlich ausgeweitet. Das Erfreuliche daran ist, dass die behinderungsfreien Jahre ungefähr in dem Umfang zunehmen wie die Lebenserwartung, die potenziell aktive Zeit steigt also. Setzt man die Phase der Erwerbsfähigkeit nicht mehr mit 20 bis 60, sondern mit 20 bis 67 Jahren an, so ergibt sich ein aktueller Gesamtlastquotient von nur noch 56 statt 81, der bis 2050 auf 76 statt auf 112 steigt. Durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit lässt sich also ein erheblicher Teil der demographischen Mehrbelastung kompensieren, allerdings wird der Tatbestand der Alterung der Gesellschaft damit naturgemäß nicht aus der Welt geschafft.

Konsequenzen des Zusammenwirkens der drei Trends

Im Bereich der Technologie sind weitere rasche Fortschritte zu erwarten, die die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens laufend verändern und die den Unternehmen und Beschäftigten große Anpassungsleistungen abfordern. Die Aufholjagd der Schwellenländer im Zuge der Globalisierung wird künftig zunehmend solche Bereiche erfassen, in denen die hoch entwickelten Länder bislang noch „unter sich“ sind; auch dies wird den Betrieben in Deutschland Anpassungen über das bisher bekannte Maß hinaus auferlegen. Der qualitativ unspezifizierte Begriff „Anpassung“ kann dabei für hoch entwickelte, „reiche“ Länder nur heißen: Strukturwandel durch Innovation, also Schaffung neuer, attraktiverer Produkte als sie die nachstürmende Konkurrenz im Programm hat. Wie aber soll das zu schaffen sein, wenn die Grundtendenz der deutschen Demographie „Alterung“ ist?

Der Einfluss der demographischen Alterung auf die Innovationskraft und Produktivität einer Gesellschaft ist bislang unzureichend erforscht, weil es weltweit noch keine empirische Evidenz für diese historisch bislang unbekannte Entwicklung gibt,¹¹ die meisten Publikationen gehen davon aus, dass sowohl die Produktivität (gemessen als Wertschöpfung je Beschäftigten) als auch die Innovationskraft (z.B. gemessen an der Zahl der Patente je Erwerbstätigen) durch die demographische Alterung negativ beeinflusst werden. Zieht man in die Betrachtung mit ein, dass die Erwerbsbeteiligung wegen der Alterung sinkt, so sind sinkende Pro-Kopf-Einkommen in schrumpfenden

⁹ Ohne jede weitere Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl in Deutschland im Jahr 2050 bei gleich bleibender Reproduktionsziffer bei 50 Mio. Menschen liegen. Da fehlende Kinder naturgemäß auch später fehlende potenzielle Eltern bedingen, wird sich diese Entwicklung beschleunigen, im Jahr 2100 wären es nur noch 24 Mio. Menschen.

¹⁰ Die bisherige Praxis der Zuwanderung nach Deutschland ist das Gegenteil von dem, was ökonomisch geboten wäre. Die Angebotsdefizite auf dem Arbeitsmarkt liegen bei den Hochqualifizierten, während bei Geringqualifizierten ein erhebliches Überangebot besteht. Die Zuwanderung konzentriert sich aber gerade auf solche Personen, die auf dem Arbeitsmarkt zu deutschen Mindestlöhnen keine Chancen haben. In dieser Form trägt Zuwanderung nicht nur nichts zur Lösung der demographisch bedingten Probleme der gesetzlichen Sozialversicherungen bei, sondern verschärft sie sogar. In Deutschland im Jahr 2004 geborene Kinder von Zuwanderern werden nach Simulationsrechnungen im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt Nettotransfers im Gegenwartswert von rund 31 000 Euro erhalten, deutsche Kinder leisten demgegenüber Nettozahlungen von rund 70 000 Euro. Vgl. Holger Bonin: Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen. Eine Bilanz für 2004 (IZA Discussion Paper Nr. 2444). Dennoch stellt das IZA die genannte Studie der Öffentlichkeit mit der irreführenden Überschrift „Zuwanderung – Die Rechnung geht auf“ vor (IZA Compact, Ausgabe Dezember 2006).

¹¹ Japan ist mit Blick auf diese Prozesse am weitesten fortgeschritten, Deutschland folgt aber bald nach und wird in Europa erste Referenz werden.

Gesellschaften zwar nicht zwingend zu erwarten, aber doch plausibel. Will man dieses Risiko möglichst klein halten, so muss eine alternde Gesellschaft großen Wert darauf legen, die Erfahrungspotentiale der wachsenden Zahl Älterer mit der Änderungsdynamik der sinkenden Zahl Jüngerer zu verknüpfen. Dieser Aufgabe stellt sich Deutschland bislang kaum. Nach wie vor ist der Bildungssektor nahezu vollständig auf die „bildungsrelevante“ Gruppe der unter 30-Jährigen zugeschnitten; noch immer herrscht die Praxis vor, dass Berufsanfänger über den Ausbildungssektor die Neuerungen in die Betriebe bringen und die „alten Hasen“ mit den von ihnen betreuten Maschinen in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass niedrig qualifizierte und ältere Arbeitnehmer ausgesprochen gering an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.¹²

Bildung rentiert sich

Die Anreize zur Aus- und Weiterbildung sind eigentlich hoch: Das Risiko, arbeitslos zu werden, sinkt mit den Ausbildungsjahren, das Einkommen steigt. Die Fakten sprechen diesbezüglich eine klare Sprache: 20 bis 25% der Menschen, die keine Lehre abgeschlossen haben, sind in Deutschland arbeitslos; bei Menschen, die eine Lehre abgeschlossen haben, liegt die Quote dagegen bei unter 10%, bei Akademikern sogar unter 4%. Rechnerisch verzinsen sich die privaten Kosten der Ausbildung weit mehr als jede Kapitalanlage: die der Lehre mit 50% pro Jahr. Akademische Ausbildungswege sind wegen der vergleichsweise höheren Kosten nicht ganz so hochrentierbar, übertreffen die Realverzinsung von Staatsanleihen aber immer noch um das Vierfache. Bei solchen Werten fragt man sich unwillkürlich, warum dennoch ein erheblicher Teil der jungen Menschen diese Möglichkeiten nicht nutzt und damit zugleich die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Weiterbildung nachhaltig beschädigt.

Die Weichen dafür werden häufig schon sehr früh gestellt. Sozialisations- und Sprachdefizite führen vor allem (aber nicht nur) bei Zuwanderern zu häufigem Schulversagen und mangelnder Ausbildungsfähigkeit. Der Wert der Erziehungsleistung der „klassischen Familie“ wird offenbar erst sichtbar, wenn sie nicht mehr erbracht wird: Sprach- und Kommunikationskompe-

tenz, kooperatives Sozialverhalten und grundlegende Kulturtechniken sind Voraussetzungen, auf denen das staatliche Erziehungssystem nicht mehr wie früher selbstverständlich aufsetzen kann. Dass sich dann die Ergebnisse dramatisch verschlechtern, kann eigentlich nicht verwundern. Wenn Kinder von Eltern, die das Abitur als Schulabschluss haben, zu 75% ebenfalls Abitur machen, Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluss aber nur zu 25%, dann zeigt das, dass wir Bildungsreserven haben, die bislang nicht genutzt werden. Dass unter Migrantenkindern 20% nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen, ist ein noch alarmierenderes Zeichen.

Ohne schulische Basiskenntnisse gibt es auf hochgradig regulierten Arbeitsmärkten keine Chancen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, vielmehr wird der Weg in die Sozialhilfe, die „Onkelökonomie“ oder gar illegale Tätigkeiten vorgezeichnet. Hier muss der Staat so früh wie möglich eingreifen.¹³ Ohne energisches Fordern und Fördern wird die bislang ziemlich misslungene bildungspolitische Integration eines großen Teils der Zuwanderer, aber auch eines wachsenden Teils bildungsferner deutscher Bevölkerungsteile nicht zu korrigieren sein. Dies wirft die Frage auf, wo das dazu erforderliche Geld herkommen soll. Die Antwort liegt bei einem Anteil der Sozialausgaben an den staatlichen Gesamtausgaben von 56% auf der Hand – es geht nicht ohne Kürzungen in diesem Bereich.

Anreize für mehr individuelle Verantwortung

Das Verhältnis von staatlicher Fürsorge und Eigenverantwortlichkeit muss allerdings nicht nur wegen der schwierigen staatlichen Finanzlage neu ausbalanciert werden, sondern auch, weil nur so Anreize für mehr individuelle Verantwortung geschaffen werden können. Zur individuellen Verantwortung gehören auch die regelmäßige Weiterbildung nach gelungenem Berufseintritt, der sorgsame Umgang mit der eigenen Gesundheit zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit und die Rücklagenbildung für das eigene Alter. Die erste Generation, die diesen Forderungen genügen muss, wenn sie nicht in ernste Versorgungsprobleme im Alter kommen will, ist die „Babyboomer-Generation“ der Anfang der 1960er Jahre Geborenen: wenn sie nach 2030 aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden, wird sich die Zahl der Erwerbstätigen deutlich verringern, weil der von ihnen nur spärlich großgezogene Nachwuchs die großen Lücken nicht füllen kann.

¹² Wenn sie teilnehmen, erhalten sie – anders als Höherqualifizierte und Jüngere – keinen Lohnzuschlag als Belohnung für diese Aktivitäten. Die Ursache für die ausbleibende Lohnerhöhung dürfte wohl sein, dass bei gering qualifizierten und älteren Arbeitnehmern die Produktivität schon lange nicht mehr zum gezahlten Lohn passt – ohne Weiterbildungsmaßnahmen ist die Perspektive dann häufig Langzeitarbeitslosigkeit. Zu den Daten vgl. Anja Kuckulenz: Betriebliche Weiterbildung in Deutschland – Empirische Ergebnisse, in: IAW-Report, 34. Jahrgang (2006), S. 1-29.

¹³ Dass ein solches Eingreifen viele neue Fragen aufwirft und der Staat selbst bei hohem finanziellen Aufwand die Erziehungsleistung intakter Familien nicht ersetzen kann, liegt auf der Hand.